GLOBAL 12.08.2020 | Thomas L. Friedman

Warnung für Amerika

Die USA werden dem Libanon und anderen Ländern des Nahen Ostens immer ähnlicher. Die Explosion in Beirut sollte ihnen eine Mahnung sein.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch.

Als ich die ersten Nachrichten über die entsetzliche Explosion in Beirut hörte und später von den wilden Spekulationen über die möglichen Hintergründe erfuhr, musste ich unwillkürlich an eine Dinnerparty denken, die 40 Jahre zurückliegt. Gastgeber war der damalige Präsident der Amerikanischen Universität in Beirut, Malcolm Kerr.

Während des Abendessens kamen einige Gäste auf die ungewöhnlichen Hagelunwetter zu sprechen, die in den beiden Nächten zuvor über Beirut niedergegangen waren. Jeder tischte eine andere Erklärung für das extreme Wetterereignis auf, bis Malcolm seine Gäste mit ironischem Unterton fragte: „Stecken nicht vielleicht die Syrer dahinter?"

Malcolm – ein liebenswerter Mensch und exzellenter Wissenschaftler, der wenige Monate später ermordet wurde (die Täter wurden nie ermittelt) – spielte mit seiner scherzhaften Frage auf eine tiefe Wahrheit an, denn er bespöttelte damit den Hang der Libanesen, hinter allem und jedem eine Verschwörung zu wittern – und zwar mit Vorliebe eine syrische Verschwörung. Deshalb konnte die ganze Tafelrunde sich damals das Lachen nicht verkneifen. Doch was Malcolm vor 40 Jahren mit Blick auf die libanesische Gesellschaft zum Ausdruck brachte, gilt inzwischen auch für die USA: Auch dort ist ebenso wie im damaligen und erst recht im heutigen Libanon alles und jedes politisch – sogar das Wetter.

Im Nahen Osten heißen die Kontrahenten „Schiiten, Sunniten und Maroniten" oder „Israelis und Palästinenser"; in den

Wegen der religiösen Polarisierung der libanesischen Gesellschaft, in der durch die Verfassung oder durch informelle Regeln alle Regierungsbefugnisse und Staatspfründe in eine sorgfältige Balance gebracht und unter den diversen christlichen und muslimischen Religionsgemeinschaften aufgeteilt wurden, war

USA heißen sie „Demokraten und Republikaner“ und führen sich auf wie rivalisierende Stämme, die nur zweierlei kennen: Herrschen oder Untergehen.

tatsächlich alles eine Frage der Politik. Jede Stellenbesetzung, Betrugsermittlung und staatliche Investitionsentscheidung wurde als Begünstigung einer Gruppe und Benachteiligung einer anderen Gruppe wahrgenommen.

Mit diesem System erkaufte die hochgradig disparate (und von Bürgerkrieg erschütterte) Gesellschaft des Libanon sich eine gewisse Stabilität. Der Preis dafür waren neben einem chronischen Mangel an Rechenschaftspflicht Korruption, staatliche Misswirtschaft und Argwohn. Das erklärt auch, warum so viele Libanesen nach der Explosion nicht zuerst die Frage stellten, was eigentlich passiert war, sondern wer die Täter waren und welche Interessen sie wohl verfolgten.

Die USA werden dem Libanon und anderen Ländern des Nahen Osten derzeit gleich in zweifacher Hinsicht immer ähnlicher. Erstens sind die politischen Gräben in Amerika inzwischen so tief, dass die beiden großen Parteien schon wie Religionsgemeinschaften wirken, die in einer Art Nullsummenspiel um die Macht konkurrieren. Im Nahen Osten heißen die Kontrahenten „Schiiten, Sunniten und Maroniten“ oder „Israelis und Palästinenser“; in den USA heißen sie „Demokraten und Republikaner“ und führen sich auf wie rivalisierende Stämme, die nur zweierlei kennen: Herrschen oder Untergehen. Zweitens ist in Amerika ebenso wie im Nahen Osten in zunehmendem Maße *inzwischen alles ein Politikum* — vom Klima über die Energiegewinnung bis hin zur Gesichtsmaske in Pandemiezeiten.

Wenn alles politisch ist, wird alles zur bloßen Machtfrage. Dann gibt es keine Mitte, sondern nur verschiedene Seiten. Keine Wahrheit, nur Versionen. Keine Fakten, sondern nur widerstreitende Wünsche und Interessen.

Amerikas wachsende Ähnlichkeit mit den Ländern des Nahen Ostens treibt inzwischen wilde Blüten: Während die Libanesen die Explosion als Unfall einstufen, erklärte Präsident Donald Trump im Stil eines Beiruter Milizenführers, es könne sich nur um eine Verschwörung gehandelt haben. „Das war ein Angriff“, verkündete er unter Berufung auf seine Generäle. „Es war eine Art Bombe.“

Doch eine Gesellschaft und zumal eine Demokratie geht früher oder später zugrunde, wenn alles zum Politikum wird. Eine solche Entwicklung schnürt der Regierungsgewalt die Luft ab. Berichten zufolge waren es denn auch die korrupten libanesischen Justizbehörden, die

durch ihr Versagen die Explosion erst möglich machten: Sie hatten ihre Pflicht als Hüter des Gemeinwohls versäumt, indem sie die explosiven Stoffe nicht – wie von den Hafenbehörden schon vor Jahren gefordert – aus dem Hafen verbannt hatten.

„Ein gesundes politisches Klima kann sich nur entwickeln, wenn die Politik Bezugspunkte hat, die außerhalb der Politik liegen – also bestimmte Wahrheiten, an denen sie sich orientiert, und ein Gemeinwohlverständnis“, erklärt Moshe Halbertal, Religionsphilosoph an der Hebräischen Universität von Jerusalem. „Wenn alles politisch wird, ist die Politik am Ende.”

Mit anderen Worten: Wenn alles politisch ist, wird alles zur bloßen Machtfrage. Dann gibt es keine Mitte, sondern nur verschiedene Seiten. Keine Wahrheit, nur Versionen. Keine Fakten, sondern nur widerstreitende Wünsche und Interessen. Wenn jemand den Klimawandel für real hält, kann das nur daran liegen, dass er mit Forschungsmitteln geschmiert wurde. Wer der Meinung ist, dass der Präsident die Amtsenthebung verdient hat, weil er den ukrainischen Präsidenten gegen Joe Biden einzuspannen versuchte, will in Wahrheit nur seine eigene Partei an die Macht bringen.

Dass Trump bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie auf der ganzen Linie versagt, liegt daran, dass er es endlich mit einer Gewalt zu tun bekommen hat, die er nicht aus dem Weg räumen kann, indem er sie schlechtredet oder politisiert: mit Mutter Natur.

Illiberale Populisten wie Trump – oder Benjamin Netanyahu in Israel, Jair Bolsonaro in Brasilien, Viktor Orban in Ungarn, Recep Tayyip Erdogan in der Türkei und Wladimir Putin in Russland – legen es gezielt darauf an, die Hüter der Fakten und des Gemeinwohls zu schwächen. Ihre Botschaft an die Menschen lautet: „Glaubt nicht, was die Gerichte, die unabhängigen Staatsbeamten und die Leute sagen, die Fake News in die Welt setzen. Vertraut nur mir und dem, was ich sage und beschließe. Die Welt da draußen ist ein Dschungel, und meine Kritiker sind *Killer* (so titulierte Trump am vergangenen Freitag die beim Weißen Haus akkreditierte Journalistenschar). Nur ich kann unseren Stamm gegen den gegnerischen Stamm verteidigen. ‚Herrschen oder Untergehen‘ lautet die Devise.“

Diese Entwicklung schadet uns nicht nur, sondern bringt uns im wahrsten Sinne des Wortes um. Dass Trump bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie auf der ganzen Linie versagt, liegt daran, dass er es

endlich mit einer Gewalt zu tun bekommen hat, die er nicht aus dem Weg räumen kann, indem er sie schlechtredet oder politisiert: mit Mutter Natur. Die Natur entzieht sich der Politik, denn sie besteht einfach nur aus Chemie, Biologie und Physik und tut, was diese drei ihr vorgeben – und im Augenblick geben sie ihr vor, das Coronavirus zu verbreiten. Ob Trump das wahrhaben will oder nicht, ist der Natur einerlei.

Die Regierenden in Deutschland, Schweden und Südkorea stellen sich auf den gegenteiligen Standpunkt und sagen: „Es gibt wissenschaftliche Fakten, die mit Politik nichts zu tun haben, und es gibt das Gemeinwohl. Nach diesen Fakten richten wir uns und stellen uns mit einer staatlichen Gesundheitsstrategie in den Dienst des Gemeinwohls." Kürzlich sagte Trump vor Anhängern in Cleveland, Joe Biden werde, falls er die Wahl gewinne, „die Bibel verletzen und Gott verletzen. Er ist gegen Gott. Er ist gegen Waffen. Er ist gegen Energie – gegen unsere Art von Energie."

Jetzt gibt es also schon republikanische Energie – Öl, Gas und Kohle – und demokratische Energie – Solarenergie, Wind- und Wasserkraft. Und wer an Öl, Gas und Kohle glaubt, wird ja wohl auch gegen Abtreibung und Gesichtsmasken sein.

Jetzt gibt es also schon republikanische Energie – Öl, Gas und Kohle – und demokratische Energie – Solarenergie, Wind- und Wasserkraft. Und wer an Öl, Gas und Kohle glaubt, wird ja wohl auch gegen Abtreibung und Gesichtsmasken sein. Und wer an Solarenergie, Wind- und Wasserkraft glaubt, befürwortet mutmaßlich auch das Recht auf Abtreibung und die Gesichtsmaske. Dieses Denken hat in seiner Extremform den Libanon, Syrien, Irak, Libyen und den Jemen bereits zerstört und entfaltet seine zersetzende Wirkung zunehmend auch in Israel und den USA.

Von den Demonstranten auf Beiruts Straßen hört man, dass viele Libanesinnen und Libanesen sich sehnlichst eine Regierung wünschen, die das Gemeinwohl vertritt. Das ist in Amerika nicht anders. „Wer sind die Führungsfiguren, die vielen von uns Respekt abnötigen und die wir uns dringend wünschen – auch dann, wenn wir nicht derselben Meinung sind wie sie?" fragt Moshe Halbertal. „Das sind Führungsfiguren", so Halbertal, „die an einen Bereich des Heiligen, an den Bereich des Gemeinwohls glauben, der außerhalb des Politischen liegt, und sich bei wichtigen Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen vom Gemeinwohl leiten lassen und nicht von ihren Machtinteressen."

Solche Führungsfiguren legen sich für ihre Parteien ins Zeug und sind nicht politikscheu. Im Gegenteil: Sie engagieren sich mit Leidenschaft in der Politik – aber sie wissen auch, wo sie anfängt und wo sie aufzuhören

hat. Sie unterlaufen nicht die Verfassung, brechen keine Kriege vom Zaun und reden gesundheitliche Risiken für die Allgemeinheit nicht klein, um ihre Macht zu sichern. Im Nahen Osten sind solche Gestalten dünn gesät und werden in der Regel ermordet – aber ihre Namen bleiben in Erinnerung: Yitzhak Rabin, Anwar al-Sadat, Rafik Hariri und mutige libanesische Journalisten wie meine Kollegen Gibran Tueni und Samir Kassir.

Von den Demonstranten auf Beiruts Straßen hört man, dass viele Libanesinnen und Libanesen sich sehnlichst eine Regierung wünschen, die das Gemeinwohl vertritt. Das ist in Amerika nicht anders.

Dies alles erklärt, warum viele Amerikanerinnen und Amerikaner dem obersten US-Richter John Roberts Anerkennung zollen, wenn er sich im Supreme Court gelegentlich auf die Seite der „liberalen" Richter schlägt. Dabei geht es nicht darum, ob die konkrete Entscheidung liberal ist, sondern dass John Roberts offenbar im Interesse des Gemeinwohls handelt und nicht im Interesse des eigenen politischen Lagers. Darum halten wir auch nach wie vor unser Militär hoch, das ebenfalls zu den Hütern des Gemeinwohls zählt, und sind entsetzt und alarmiert, wenn Trump es in die „Politik" hineinzieht.

Ein würdiges Beispiel gab Al Gore, als er 2000 ein politisch höchst umstrittenes Urteil des Supreme Court akzeptierte (damals ging es um die Neuauszählung von Wahlzetteln) und George W. Bush als Wahlsieger anerkannte. Damit stellte Al Gore Amerikas Gemeinwohl zum eigenen Nachteil über alles andere.

Trump hätte in einer vergleichbaren Situation Amerika in die Spaltung getrieben, und ich wette: Wenn er im November die Wahl verliert, wird er mit Sicherheit das Gemeinwohl nicht über seine eigenen Interessen stellen und sich nicht still und leise in den Ruhestand verabschieden. „Wenn einer Gesellschaft dieser heilige Bereich des Gemeinwohls abhandenkommt, fällt sie in sich zusammen", warnt Halbertal. So geschah es im Libanon, in Syrien, Jemen, Libyen und Irak, und im Augenblick machen Israel und die USA Schritt für Schritt dieselbe Entwicklung durch. Diese Entwicklung zu stoppen und rückgängig zu machen, ist die wichtigste Aufgabe unserer Generation.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

(c) The New York Times 2020



Thomas L. Friedman

Thomas L. Friedman ist Kommentator bei der *New York Times* mit Schwerpunkt Außenpolitik. Er arbeitet seit 1981 für die Zeitung und hat dreimal den Pulitzer-Preis erhalten. Er hat sieben Bücher verfasst, unter anderem *Von Beirut nach Jerusalem*, für das er mit dem *National Book Award* ausgezeichnet wurde.